

Hendrik Fenz

Grenzen der Demokratisierung in postautoritären Staaten am Beispiel Aserbaidschan

Einleitung

Im 15. Jahr seiner Transition steht Aserbaidschan an einem Scheidepunkt. Die politischen Kräfte müssen sich über die Richtung, die das Land perspektivisch einschlagen soll, einigen. Zur Auswahl stehen zwei Wege: Dynastisierung der Macht oder pluralistische Gewaltenteilung. Der Parteienpluralismus, der in den frühen 1990er Jahren Einzug gehalten hatte, bedeutete für Aserbaidschan nicht zwangsläufig demokratische Verhältnisse. Auf dem Weg zur offenen Zivilgesellschaft beweist sich Aserbaidschan eher als eine „Demokratie *light*“. Zu oft wurden für Demokratien verbindliche institutionelle Standards wie freie und faire Wahlen, Presse- und Versammlungsfreiheit, Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit ignoriert, nicht selten sogar bewusst verletzt¹ – zuletzt bei den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2003. Gewalttätige Ausschreitungen zwischen aufgebracht und aufgestachelten Demonstranten einerseits und Polizei und Militär andererseits forderten mehrere Tote und Dutzende Verletzte. Beliebig wirkende Verhaftungen politischer Akteure oppositioneller Parteien deuten ebenfalls auf Machtmissbrauch hin. Herrschaftslegitimation, die über freie und faire Wahlen hergestellt werden soll, gerät so in Misskredit und beschädigt das System der Demokratie nachhaltig. Der Blick auf die Zugangsmöglichkeiten zu TV und Printmedien macht zudem einen eklatanten Mangel an politischer Partizipation deutlich. Wie später noch zu zeigen sein wird, unterliegt die freie Meinungsbildung in Aserbaidschan erheblichen Einschränkungen.

Die Präsidentschaftswahl des Jahres 1992 entsprach in ihrer Ausrichtung, Struktur und Durchführung noch am ehesten internationalen Regeln. Seitdem sind zwölf Jahre vergangen. Zwar werden von internationalen Organisationen Fortschritte im Demokratisierungsprozess bescheinigt, gleichzeitig gibt es jedoch gravierende Rückfälle in das frühere autokratische System.

Schon 1992 wurde mit der Gründung der Partei Neues Aserbaidschan (*Yeni Azərbaycan Partiyası*, YAP) der Grundstein zu einer Dynastisierung der Macht gelegt, wie sie sich mittlerweile auch in zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion beobachten lässt. Dem gingen drei bewegte Jahre voraus, die vom Sturz des kommunistisch-autoritären Regimes 1990 über eine postkommunistische Restauration hin zur national-aserbaidschanischen Volksfrontregierung in den Jahren 1992-1993 führten. Mit dem Wahlsieg Il-

¹ Zu den Grundregeln einer Demokratiedefinition: Robert Dahl, *Polyarchy: participation and opposition*, New Haven/London 1971, S. 2ff.

ham Alijews, des Sohnes Haidar Alijews, bei der Präsidentschaftswahl 2003 erreichte die Machtkonzentration im Staat einen neuen Höhepunkt. In seiner Person manifestiert sich auf das Anschaulichste die innerfamiliäre Erbfolge. So war Ilham Alijew zwischenzeitlich nicht nur einer der Vorsitzenden der YAP, sondern auch Vizepräsident des staatlichen Ölunternehmens SOCAR und Chef des Nationalen Olympischen Komitees. Seine Ernennung zum Ministerpräsidenten am 5. August 2003 durch Präsident Haidar Alijew vollendete die Gestaltung der „Erbfolge“.

Der vorliegende Beitrag behandelt auszugswise die Demokratisierung in Aserbaidschan. Ein Überblick über einzelne politische Phasen seit 1989 bildet den Hintergrund, vor dem sich die aktuellen Prozesse erschließen. Ziel ist es, den trotz aller Widrigkeiten lebendigen Transitionsprozess einzuordnen und einen Ansatz für künftige Entwicklungen zu finden. Nur begrenzt wird auf den Konflikt um Berg-Karabach eingegangen, der als Hintergrundgröße politische Prozesse und Entscheidungen beeinflusst. Keinen Eingang in die folgende Darstellung finden ökonomische Parameter – dies nicht aus Ignoranz gegenüber dem sehr dominanten und vor allem valutaträchtigen Ölgeschäft, sondern um im vorgegebenen Rahmen zu bleiben.

Regierungsprogramm: Nationalismus

Auf eine lange Tradition demokratischer Wahlen kann Aserbaidschan kaum zurückblicken. Von April 1920, als die von den Bolschewiki kontrollierte Rote Armee der Republik Aserbaidschan ein Ende bereitete, bis zur Souveränität 1991 stand Aserbaidschan unter dem Druck Moskaus. Diese 70 Jahre währende Phase, in der die Kommunistische Partei ein autoritäres bis totalitäres Regime führte und ein „Sowjetvolk“ zu formieren suchte, ließ freie, geheime und gleiche Wahlen nicht zu. Erst unter dem Eindruck von Perestroika und Glasnost, den oppositionellen Massenkundgebungen 1988/89 und dem sich zusehends verschärfenden Konflikt um Berg-Karabach hielt Aserbaidschan 1990 Wahlen zum Obersten Sowjet ab. Die Abgeordneten dieses 350 Mitglieder starken „Übergangsparlaments“, das Aserbaidschan in die Unabhängigkeit führen sollte, wurden entweder über die Kommunistische Partei nominiert oder über Massenorganisationen wie den reformbereiten und national-aserbaidschanischen „Demokratischen Block“. Hier war eine Lücke im monolithischen Machtsystem der UdSSR entstanden, die nur Monate später, im August 1991, den Weg für das Ausscheiden Aserbaidschans aus der Sowjetunion freigab.

Eines der ersten politischen Zugeständnisse der Regierung an die unter dem Schirm der Aserbaidschanischen Volksfront (*Azerbaycan Xalq Cephesi*,

AXC²⁾ versammelte Opposition war deren formale Anerkennung als politische Organisation. Den zweiten Sieg konnte die AXC im Oktober 1991 mit der Einführung eines Nationalen Rates (*milli meclis*) durch die Regierung verzeichnen. Dieser – mit je 25 Mitgliedern der kommunistischen Regierung und der Opposition – paritätisch besetzte Rat belegt deutlich die Verschiebung der Machtverhältnisse. In der oppositionellen Presse wurde dies als Sieg der Volksfront und als Ausdruck des in Aserbaidschan bestehenden Kräfteverhältnisses gefeiert.³ Die Volksfront selbst urteilte: „Nach der Einrichtung des Nationalen Rates kontrolliert die AXC nun die Legislative. Die AXC ist jedoch auch in Organen der Exekutive vertreten. Sie muss daher präzise und umfassende Konzepte für alle Bereiche der nationalen Entwicklung erarbeiten und zu diesem Zweck einen besonderen *Think-Tank* einrichten. Die AXC hat eine historische Mission ehrenvoll erfüllt. War die nationale Wiedergeburt Aserbaidschans zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Müsavat-Partei verbunden, so ist der derzeitige Prozess untrennbar mit der AXC verknüpft.“⁴

Zu diesem Zeitpunkt hatte die AXC einen Organisations- und Popularitätsgrad erreicht, der ausschlaggebend für die Regierungsübernahme sein sollte. Zeitgleich aber – und hier befindet sie sich in Gesellschaft zahlreicher national-demokratischer Plattformen der zerfallenen UdSSR – krankte die AXC an einer unspezifischen Programmatik, die sich v.a. in drei Punkten erschöpfte:

- Sturz des kommunistischen Regimes,
- Aufbau einer Zivilgesellschaft,
- Einführung einer (sozialen) Marktwirtschaft.

Als strategische Sammlungsbewegung erwies sich die AXC als untauglich; in der Folge spalteten sich wesentliche Teile von ihr ab und etablierten sich als eigenständige politische Parteien. Einige der entscheidenden politischen Gruppierungen Aserbaidschans gingen aus der Volksfront hervor:⁵

- die Sozialdemokratische Partei Aserbaidschans (*Sosyal Demokrat Azərbaycan Partiyası*, SDAP),
- die Aserbaidschanische Unabhängige Demokratische Partei (*Azərbaycan Müstəqil Demokrat Partiyası*, AMDP),
- die Nationale Unabhängigkeitspartei Aserbaidschans (*Azərbaycan Milli İstiqlal Partiyası*, AMİP),

2 Erst 1995 ließ sich die AXC als politische Partei offiziell registrieren. Die neue Bezeichnung lautet seitdem AXCP (Partei der Aserbaidschanischen Volksfront), wobei nach einer Spaltung der Partei im Jahr 2001 zwei Flügel den Namen für sich reklamieren.

3 Vgl. Azadlıq vom 29. November 1991.

4 Aus Parteimaterial der AXCP (dieses und alle folgenden Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

5 Vgl. İsmayıl Vəliyev/Cavid Hüseynov, Azərbaycanın Siyasi Partiyaları və İctimai Təşkilatları, in: Azərbaycan Ensiklopediyası Neşriyyat-Poliqrafiya Birliyi, Baku 1995, S. 7-31.

- die Demokratische Unabhängigkeitspartei Aserbaidshans (*Azerbaijan Demokrat İstiqlal Partiyası*, ADİP),
- die Neue Gleichheitspartei (*Yeni Müsavat*, Müsavat) sowie
- die Grauen Wölfe (*Boz Qurd*).

Während die ersten freien Parlamentswahlen mehrmals verschoben und erst im November 1995 durchgeführt wurden, gab es im Juli 1992 eine richtungweisende Präsidentschaftswahl. Nicht nur löste der mit ca. 60 Prozent der Stimmen gewählte AXC-Vorsitzende Abulfas Eltschibej (1938-2000) den seit einer zweifelhaften Präsidentschaftswahl im September 1991 amtierenden Ajas Motalibow⁶ ab, er repräsentierte gleichsam den Machtanspruch der aserbaidshanischen Nationalisten. Mit der Amtsübernahme stellte Eltschibej auch seine Leitmotive dar: Demokratie, Turkismus, Islam. Auf diesen drei Säulen sah er die Republik Aserbaidshan ruhen. Von Seiten des „Westens“ musste er sich den Vorwurf gefallen lassen, dass das Land unter Führung der AXC zum Islamismus übergehen werde, mithin zur zweiten islamischen Republik nach dem Iran werden würde. Er selbst sah jedoch im Zusammenspiel dieser drei Faktoren die Grundlage nationaler Erneuerung: „Wir heben die demokratischen Werte hervor, weil wir uns zu dem Prinzip bekennen, dass die Menschenrechte über den klassenmäßigen, religiösen und nationalen Interessen stehen. Die Wiedergeburt des aserbaidshanischen Volkes ist aber eng mit dem Panturkismus und mit der islamischen Zivilisation verbunden, in deren Schoß sich die Turkvölker entwickelten. Darum sind diese drei Prinzipien logisch.“⁷

Außenpolitisch waren vor allem zwei präsidentielle Entscheidungen Eltschibej's wegweisend: der Austritt Aserbaidshans aus der GUS 1992 und die kompromisslose Haltung im Krieg um Berg-Karabach.

In von internationalen Organisationen wie der Minsk-Gruppe der OSZE moderierten Gremien zur Konfliktbeilegung prallen seit Jahren zwei grundsätzliche Positionen aufeinander: Territorialer Bestandsschutz (Aserbaidshan) steht gegen realexistierenden Besitzstand (Armenien). Beide Seiten bemühen für ihre Ansprüche eine historische Legitimation, die entweder juristisch über ältere, aber weiterhin rechtsgültige Verträge begründet wird, oder ethnisch über Bevölkerungsanteile in Berg-Karabach. Zumindest im Beharren auf dem Territorium bleiben sich die Konfliktparteien ebenbürtig. Diese über Jahre verhärteten Konfliktlinien schieben alternative Lösungsansätze ins politische Abseits. Oftmals ist mit einem kompromisslosen Standpunkt auch die politische Karriere verbunden, so dass auf beiden Seiten vermittelnde bzw. kompromissbereite Stimmen nur selten, und dann auch nur sehr leise zu vernehmen sind.

6 Motalibow, nach der Selbstauflösung der aserbaidshanischen KP im August 1991 Parteivorsitzender ohne Partei, trat die Flucht nach vorn an und ließ für den 8. September Präsidentschaftswahlen ansetzen. Als einziger Kandidat gewann er diese uneingeschränkt. Der einzige Gegenkandidat, Zardust Elisade, zog seine Kandidatur zurück.

7 Moskau News, Juli 1992, S. 5.

Der aufbrechende Konflikt brachte das Land nicht nur an den Rand seiner mühsam gewahrten Stabilität, sondern gab seine nationalistischen Impulse an die sich formierende Nationalbewegung weiter. Berg-Karabach entwickelte sich über die Jahre zu einem Eckpfeiler aserbajdschanischer Regierungspolitik. Alle Regierungen verknüpften ihr politisches Schicksal, ihren Aufstieg, aber auch ihren Fall mit ihrem Beharren auf der territorialen Integrität Aserbajdschans und der Zugehörigkeit Berg-Karabachs zum Land.

Die Präsidentschaft des AXC-Vorsitzenden Eltschibej endete schon nach wenigen Monaten im Sommer 1993. Damit war auch die Regierungsphase der Volksfront beendet, die zu kurz war, um Reformen nicht nur anzugehen, sondern sie auch umzusetzen. Eine kollabierende Wirtschaft, Flüchtlingsströme und eine innerparteiliche Konzeptionslosigkeit brachten die Partei an den Rand der Handlungsunfähigkeit. Der Krieg um Berg-Karabach verstärkte die im Land schwelenden Probleme. Die Fixierung der Partei auf den Erhalt bzw. die Rückgewinnung von Territorium forcierte die Konfliktlage weiter. Zur Lösung dieses Territorialkonflikts, der gleichzeitig zum Schlüssel für den Machterhalt wurde, setzte die AXC auf einen aserbajdschanischen Nationalismus, der einerseits zwar den Patriotismus förderte, andererseits aber jeglichen diplomatischen Weg verschloss. So bewegte sie sich in einem *Circulus vitiosus*.⁸

Durch Missmanagement diskreditierten sich die national-aserbajdschanischen Parteien, allen voran die AXCP. Zum einen zeugten häufige Spaltungen, Neugründungen und Fraktionskämpfe von einem inner- wie zwischenparteilichen Machtgerangel, das von kontinuierlicher Parteilarbeit ablenkte und die Parteien in der Öffentlichkeit als handlungsunfähig erscheinen ließ. In die Opposition gedrängt, kamen Programmlosigkeit und die Unfähigkeit zur Koalitionsbildung hinzu. In viel stärkerem Maße aber wurden und werden diese Parteien von der Bevölkerung mit dem offenen Konflikt um Berg-Karabach identifiziert. Der nationalistische Präsident Eltschibej steuerte das Land 1992 immer tiefer in den Krieg. Für die Zehntausende von Toten und die mehr als eine halbe Million Binnenflüchtlinge wird die AXCP verantwortlich gemacht. Auch wenn diese den Krieg nicht verursacht hat, ist sie doch für die Verschärfung der Konfliktlage verantwortlich. Dass zudem der YAP-Vorsitzende Alijew 1994 einen bis heute gültigen Waffenstillstand und damit einen „Burgfrieden“ aushandelte, verstärkte das Misstrauen gegenüber den national-aserbajdschanischen Parteien noch. Die AXCP und ihre Nachfolgeparteien haben in dieser Frage fast jeglichen Bonus verspielt. Einer Umfrage des *International Republican Institute* (IRI) zufolge fürchten sich 48 Prozent der Aserbajdschaner vor einem erneuten Kriegsausbruch.⁹

8 Vgl. dazu ausführlich Hendrik Fenz, Transformation in Aserbajdschan (i.E.), Teil II, Kapitel 2.

9 Vgl. www.iri.org.

Alte Strukturen – Neue Hierarchien

Während die anfänglich hohe Popularität Eltschibejs und der Volksfront mit der Eskalation des Konflikts um Berg-Karabach schwand, wuchs das Ansehen des Politikers Haidar Alijew, der über Jahrzehnte in der Nomenklatura bis in das Machtzentrum in Moskau aufgestiegen war. Der Wiederaufstieg Alijews, der sich 1987 mit Gorbatschow überworfen und seitdem die politischen Geschicke Nachitschewans gelenkt hatte, begann im November 1992 mit der Gründung der YAP. Nationalitätenübergreifend wirkte die Partei von Beginn an als Gegenpol zur Volksfront mit ihren turkistischen und panaserbaischischen Positionen.¹⁰ So bestätigt die ethnische Verteilung im Vorstand der YAP (Aserbaischaner, ein Russe, ein Talysche und ein Lesgier) den politischen Anspruch der Partei. Gerade letzteren Volksgruppen, die als Minderheiten in Aserbaischan besonders um ihre soziale, kulturelle und politische Zukunft bangten, gab die YAP zunächst nur in Nachitschewan, später landesweit ein Zuhause. Dahinter stand der Versuch, sich gleichzeitig der politischen Loyalität der ethnischen Gruppen zu versichern.

Am 15. Juni 1993 feierte Alijew mit der Wahl zum Parlamentspräsidenten Aserbaischans seine Rückkehr nach Baku. Drei Tage später floh Eltschibej aus Angst um sein Leben in seine Heimatregion, ebenfalls Nachitschewan. Was folgte, war ein politisches Kabinettstück: Die Abwesenheit des Staatspräsidenten machte es formal erforderlich, dass der Parlamentspräsident, also Alijew, die Amtsgeschäfte des Staatspräsidenten übernahm. Während Staatspräsident Eltschibej sich standhaft weigerte, nach Baku zurückzukehren, übergab die Nationalversammlung nach wenigen Tagen, am 24. Juni 1993, sämtliche präsidentialen Vollmachten an Alijew. Mit anderen Worten: Der gewählte Staatspräsident Eltschibej war entmachtet. Seine öffentliche Legitimation als Präsident erhielt Alijew durch ein Referendum im August 1993 und durch schnell anberaumte Präsidentschaftswahlen im November, die mit „sozialistischen“ 98,8 Prozent der Wählerstimmen für ihn zum Erfolg wurden.¹¹ Sogleich ging Alijew an die Restauration seiner Herrschaft. Entscheidungen der Volksfront, wie der Vertrag über das Kaspische Öl, wurden revidiert, der 1992 ausgesetzte Beitritt zur GUS dagegen zügig umgesetzt. Bedeutendstes Resultat des ersten Regierungsjahres war der Waffenstillstand mit Armenien 1994. Durch personelle Umgestaltungen seines unmittelbaren Präsidentenapparates festigte Alijew seine Macht. Ganz unbescheiden zeigen Äußerungen, die sehr wohl autokratische Dimensionen erreichen, welche Rolle sich Haidar Alijew selbst zuweist: „Sie glauben an mich. Oder noch genauer, sie glauben an mich auf religiöse Weise. Das ist ein verzweifelter, vielleicht schon der letzte Glaube an einen Politiker als Messias, an einen

10 Hierzu auch Ebulföz Elçibey, *Bütöv Azərbaycan Yolunda*, Ankara 1997.

11 Vgl. Center for Strategic and International Studies (CSIS), Azerbaijan presidential election, unter: www.csis.org/ruseura/caucasus/pubs/cew_030605.pdf.

Politiker, der das gesamte Volk vom Unglück befreit.“¹² Und: „Ich habe hier große Fabriken gebaut, Elektrizitätswerke, Straßen, Brücken, Wohnhäuser. Allein in Baku habe ich innerhalb eines einzigen Jahres eine Million Quadratmeter Wohnraum geschaffen. Sehen Sie all diese Gebäude? Die habe alle ich gebaut.“¹³

Während Alijew sich als den Erbauer Aserbaidshans sah, trieb die neue Staatsgewalt die Opposition, vor allem aber die Volksfront, durch Repressalien wie Verhaftungen, Zeitungsverbote und die Besetzung der AXCP-Zentrale weiter ins politische Abseits.¹⁴ Nicht zufällig klagte die oppositionelle Zeitung *Müxalifet* in einem offenen Brief an Alijew diesen als Feind der Rettung Aserbaidshans an.¹⁵ Nach innen kompromisslos gegenüber der Opposition, verließ sich Alijew in der Außenpolitik nicht nur auf die Türkei als Partner, sondern intensivierte die Beziehungen zu Russland. Der erneute GUS-Beitritt öffnete Russlands Interessen wieder die Tür zum Kaukasus. Gleichwohl nahm die aserbaidshanische Regierung damit einen Partner ins schwankende aserbaidshanische Boot, der vor allem seinen eigenen wirtschaftlichen und militärstrategischen Erwägungen folgte.

Wahlen: Indikator für Demokratie

Die Tabelle auf S. 186 soll einen Überblick über die Wahlbeteiligung und Stimmenverteilung bei Präsidentschaftswahlen ermöglichen. Zwei Daten mögen eine gesonderte Interpretation erfahren: Die Ergebnisse von 1991 und von 1993 mit über 98 Prozent der Wählerstimmen für einen Kandidaten (Mutalibow bzw. Alijew) finden mit Blick auf die Hintergründe der Wahlen ihre Erklärung. Während konkurrierende Kandidaten in den Wahlen von 1992, 1998 und 2003 zum Teil beträchtliche Stimmenanteile auf sich vereinen konnten, standen 1991 und 1993 die Machtinhaber (Präsidenten waren sie *de jure* noch nicht) ohne ernsthafte Gegenkandidaten da.

Allein die Wahl von 1992, als Eltschibej sich mit 60,9 Prozent der Stimmen gegen die konkurrierenden Kandidaten durchzusetzen vermochte, darf im engeren Sinne als demokratisch offene und freie Wahl gelten. Anders als in den Jahren danach war die Kontrolle über die Medien weitaus geringer, ein freierer Zugang zu Informationen daher möglich. So kann das Ergebnis selbst, das zu sowjetischen Zeiten als beschämend niedrig gewertet worden wäre, als ein Beispiel für die gesteigerte Bereitschaft der Bevölkerung zur politischen Partizipation gelten.

12 Vek vom 28. Januar/3. Februar 1994, zitiert nach: Rainer Freitag-Wirminghaus, Kurzbiographie Haidar Aliyev, in: *Orient* 1/1994, S. 5-14, hier: S. 5.

13 Interview mit Haidar Alijew in: *Azerbaijan International* 3/2001, S. 14ff.

14 Informationen von Human Rights Watch zufolge wurden 1993 mindestens 137 Oppositionelle verhaftet. Vgl. www.hrw.org/reports/1994/WR94/Helsinki-02.htm.

15 Vgl. *Müxalifet* vom 28. Oktober 1993, S. 1.

Prozentuale Stimmenverteilung bei Präsidentschaftswahlen

	1991	1992	1993	1998	2003
Ayaz Mutalibow, AKP	98.5	-	-	-	-
gegen Mutalibow	1.5	-	-	-	-
Elbufez Elçibey, AXÇ(P)	-	60.9	-	-	-
Nizami Süleymanov, AZDİ	-	33.8	-	8.2	-
İlyas İsmayılov, ADİİH	-	0.7	-	-	0.8
Rafiq Abdulayev, XCP	-	0.5	-	-	-
Tamerlan Qarayev		1,6			
Yaqub Mamedov, Unabh.	-	1.7	-	-	-
Haidar Alijew, YAP	-	-	98.8	77.6	-
Zakir Taqiyev, AHP	-	-	-	-	-
Kerar Abilov, VAP	-	-	1.02	-	-
Etibar Mamedov, AMİP	-	-	-	11.8	2.0
Firudin Hesenov, AKP	-	-	-	0.9	-
Eşref Mehdiyev, QP	-	-	-	0.9	-
Xanhüseyn Kazımlı, SRP	-	-	-	0.3	-
İlham Alijew, YAP	-	-	-	-	77.97
İsa Gember, Müsavat	-	-	-	-	11.91
Lala Şövkət, Milli Birlik	-	-	-	-	3.22
Sabir Rüstəm xanlı, VHP	-	-	-	-	0.76
G. Hasanguliyev, XC	-	-	-	-	0.44
H. Hacıyev, Yeni Müsavat	-	-	-	-	0.32
Andere	-	-	-	-	2.58
gegen alle	-	2.4	-	0.3	-

Quellen: Florian Grotz/Raoul Motika, Azerbaijan, in: Dieter Nohlen (Hrsg.), Elections in Asia and the Pacific, Oxford 1999, S. 348-369, hier: S. 363f.; www. ifes.org.

Auch spiegelt sich die innenpolitische Instabilität Aserbaidshans in drei Wahlen in nur 24 Monaten (1991/92/93) wider. Der Staat hatte einen Systemwechsel ebenso durchzustehen wie den Konflikt um Berg-Karabach. Erst mit der Übernahme der Präsidentschaft durch Haidar Alijew 1993 begann ein politischer Stabilisierungsprozess, der sich mit seinem Sohn, İlham Alijew, fortzusetzen scheint.

Mit der Wahl 2003 versuchte die nationale Opposition mit ihrem neuesten Wahlbündnis „Unser Aserbaidshan“ ein weiteres Mal, die Präsidentschaft Alijews auf demokratischem Wege zu beenden und durch einen Wahlsieg die

Machtverhältnisse umzudrehen. Auf einem Treffen oppositioneller Parteien (Müsavat, AMİP, AXCP) Ende August 2003 in London konnte man sich jedoch nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. So zogen die oppositionellen Kräfte getrennt in den Wahlkampf und unterlagen. Arif Hadschi-jew, Stellvertretender Vorsitzende der Partei Müsavat, stellte dazu fest, dass „sich die Parteiführer darin einig sein müssen, dass es der Zusammenarbeit bedarf, will man die Monarchie in der Republik verhindern“.¹⁶

Zudem war das „Kandidatenroulette“ der Regierungspartei YAP ein wahl-taktisches Meisterstück. Durch die spätest mögliche Rücknahme der Kandi-datur des schwer erkrankten Präsidenten Haidar Alijew wurde zum einen der Opposition jede Möglichkeit einer konzertierten Aktion genommen, zum an-deren erhöhte die Konzentration auf nur einen Kandidaten, eben İlham Ali-jew, dessen Chancen. Auch ohne die von internationalen Wahlbeobachtern vielfach angeprangerten Unregelmäßigkeiten, die von einfacher Wahlzettel-fälschung bis zur Bedrohung von Kandidaten bzw. deren Repräsentanten reichten, hätte der Wahlsieg Alijews kaum in Frage gestanden.¹⁷

Die offiziellen 77 Prozent sind ein scheinbar ausreichend dickes Polster, das aber aus zwei Gründen als so dünn betrachtet werden darf, dass der neue Prä-sident es kaum wagen dürfte, sich darauf auszuruhen: Zum einen stehen in-nerparteiliche Flügelkämpfe ins Haus. Wurde die Partei bisher durch den cha-rismatischen und mit allen politischen und diplomatischen Wassern gewa-schenen Altpräsidenten zusammengehalten, so hat İlham Alijew mit Legiti-mationsproblemen zu kämpfen, welche die Gefahr einer Spaltung in greifbare Nähe rücken lassen. Der äußere „Zwang zur Einheit“ könnte hier Schlimme-res verhindern. Zum anderen ist auch die YAP an die Lösung des Konflikts um Berg-Karabach gebunden. So sehr der gegenwärtige Status quo auch als politischer Stillstand zu bewerten ist, so sehr ist er sowohl für den aserbaid-schanischen als auch für den armenischen Präsidenten ein gemeinsamer Nen-ner und die Minimallösung, auf die man sich zurückgezogen hat. Daran zu rütteln, könnte eine gefährliche und nicht zu kontrollierende Eigendynamik in Bewegung setzen.

Als langjähriger Vizepräsident des Ölkonzerns SOCAR dürfte İlham Alijew noch immer über ausreichende finanzielle Schmiermittel verfügen, um den Motor seines Präsidialapparates am Laufen zu halten. Wenn hier beständig von „seinen“ Ämtern die Rede ist und „Amt“ scheinbar als personalisiertes Eigentum definiert wird, dann nimmt diese Sichtweise eine verbreitete aser-baid-schanische Perzeption von Machtverhalten auf. Macht in Aserbaid-schan, und dies trifft ebenso auf viele andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion zu, ist nicht institutionalisiert, sondern immer personalisiert. Deutlich wurde dies einmal mehr im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2003, als ein personali-

16 Vgl. www.bakutoday.net/view.php?d=5922.

17 Vgl. OSCE, Office for Democratic Institutions and Human Rights, Republic Azerbaijan, Presidential Election, 15 October 2003, OSCE/ODIHR, Election Observation Mission Report, Warschau, 12. November 2003, unter: http://www.osce.org/documents/odihr/2003/11/1151_en.pdf.

sierter Wahlkampf zwar ohne Programmatik, dafür aber mit plakativer Polemik auskommen musste. Die Parteiprogramme erschöpften sich in – mittlerweile ansprecheren – „*close-ups*“ der jeweiligen Kandidaten und im besten Fall in Slogans wie „Brot, Arbeit, Karabach“.

Die Einschätzung Peter Eichers, Chef der Wahlbeobachtermission des BDIMR während der Wahl 2003, wirft ein deutliches Licht auf die Grenzen des demokratischen Prozesses: „Diese Wahl ist eine verpasste Chance für wirklich demokratische Wahlen.“

Aserbaidsschan und Ilham Alijew

Soweit das nach nur wenigen Monaten seiner Amtszeit sichtbar wird, nutzt Ilham Alijew sowohl die bewährten Pfade seines Vaters als auch eigene wirtschaftliche Kontakte für die Konsolidierung seiner politischen Macht. Dabei kann er auf einen Parteiapparat zurückgreifen, der im Staat und in dessen Institutionen auf das Engste verwurzelt ist. Die Partei ist bei weitem mehr als eine politische Organisation: Sie ist eine gigantische Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, deren Angehörige schon allein aus Eigennutz am Machterhalt interessiert sind. Hier liegt auch eine der Quellen für die in Aserbaidsschan alles überlagernde Korruption. Auch wenn Haidar Alijew schon einmal, in den 1970er Jahren, Korruption und Nepotismus zu bekämpfen verstand, steht Aserbaidsschan heute wieder an einem Punkt, der Investitionen durch fehlende Rechtssicherheit nicht selten zum Glücksspiel werden lässt.

Internationale Organisationen wie *Transparency International*, *Freedom House*, *Human Rights Watch* u.a. bescheinigen dem Land zwar gewisse Fortschritte auf dem Weg zur offenen Zivilgesellschaft. Die Aufnahme in den Europarat 2001, gemeinsam mit Armenien, deutet ebenfalls auf eine Würdigung umgesetzter Reformen hin. Dabei wirft das geopolitische Interesse Europas an der südkaukasischen Region, speziell an Aserbaidsschan mit seinen Ölvorkommen und seiner Lage nördlich der islamischen Republik Iran, allerdings einen politischen Schatten auf die Aufnahme und lässt dahinter mehr vermuten als reine Demokratieförderung. Zu stark wirken die aus der kommunistischen Ära übernommenen Instrumentarien der Machtsicherung, die im Bewusstsein der Bevölkerung noch nicht einmal als zutiefst undemokratische Auswüchse angesehen werden. So steht Aserbaidsschan im Jahr 2004 auf dem Korruptionsindex von *Transparency International* auf einem denkbar schlechten 140. Platz (von 146). Die IRI-Umfrage aus dem Jahr 2003 ergibt jedoch ein anderes Bild: Nur vier Prozent der befragten Aserbaidsschaner sehen in der Korruption überhaupt ein Problem. Dabei ist die Bevölkerung sehr wohl kritisch gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung im Land eingestellt. Lediglich 19 Prozent geben an, dass sie die Situation in Aserbaidsschan als besser empfänden als zu Sowjetzeiten.

Die Dominanz der Regierung allein in der staatlichen Medien- und Presse-landschaft im Wahlkampf 2003 belegt auch die folgende Tabelle. Während den beiden Alijew mit 2:36 Stunden (Haidar Alijew) und 46 Minuten (Ilham Alijew) die geballte Aufmerksamkeit der TV-Medien entgegenschlug, blieben den Kandidaten der Opposition zusammen ganze zwölf Sekunden. Unterstützt durch aufwändige Werbekampagnen und eine mediale Omnipräsenz, denen die oppositionellen Parteien wenig entgegenzusetzen hatten, wurde die Meinungsbildung schon im Vorfeld der Wahlen massiv beeinflusst. Zudem spricht der durch *Freedom House* vorgelegte Index zur Pressefreiheit eine klare Sprache: Weder der freie Zugang zu den Medien, noch die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind gewährleistet. Aserbaidschans Pressefreiheit wird als „not free“ eingestuft.¹⁸

Zugang zu Medien

	<i>Staatliches TV</i>	<i>Privates TV</i>
Ilham Alijew	2:36	10:51
Haidar Alijew	0:46	-
Alle anderen	0:00:12	0:24

Auch das Pressewesen ist ein getreues Abbild des bestehenden Machtmonopols. Zwar haben die oppositionellen Zeitungen mit ca. 34.000 Exemplaren eine deutlich höhere Auflage; landesweit erhältlich sind jedoch allein die regierungsnahen Zeitungen.

Pressedistribution

<i>Name</i>	<i>Auflage</i>	<i>Verbreitung</i>	<i>Hrg.</i>	<i>Politische Position</i>
Yeni Müsavat	19.500	Baku	Müsavat	Opposition
Echo	6.000	Baku	privat	unabhängig
Zerkalo	4.500-6.500	Baku	privat	unabhängig
Azerbaycan	8.700	Landesweit	staatlich	Regierung
Respublika	9.500	Landesweit	staatlich	Regierung
Xalq	3.500	Landesweit	staatlich	Regierung
Bakinski Raboçi	3.300	Landesweit	staatlich	Regierung
Azadlıq	6.500	Baku	privat	Opposition
525	2.500	Baku	privat	Opposition
Millet	5.000	Baku	AMİP	Opposition
Hürriyet	10.350	Baku	DP	Opposition

Quelle: BDIMR

18 Auf einer Skala von 1-100 (von sehr gut bis sehr schlecht) wird Aserbaidschan mit einem Wert von 73 ein denkbar schlechtes Zeugnis ausgestellt.

Parlamentarische Verweigerung und außerparlamentarische Opposition

Das politische „Niemandland“, das sich seit 1993 zwischen Regierungspartei und Opposition erstreckte, versuchte 1997 die Gesamtaserbaidschanische Union (*Bütöv Azərbaycan Birliđi*, BAB) zu besetzen. Dort soll sie Positionen einnehmen, welche die Parteien, vor allem die AXCP, ideologisch entlasten. Hinter der neuen Organisation BAB steht die national orientierte Opposition, vor allem die Volksfront und die Müsavat-Partei. Zu ihrem Präsidenten wählten die Mitglieder den ehemaligen antisowjetischen Dissidenten, späteren Staatspräsidenten und Nationalisten Abulfas Eltschibej, der als geistiger Vater für die kompromisslose Ausrichtung der BAB auf ein territorial fixiertes Programm verantwortlich zeichnete. Darin wird ein Aserbaidschan angestrebt, das nicht nur die aserbaidschanischen Provinzen Irans einschließen soll, sondern ebenso Teile des Irak, Dagestans, Armeniens und natürlich Berg-Karabach.

Die BAB kann als politische Sammlungsbewegung gelten, deren Mitglieder sich der Idee einer aserbaidschanischen Vereinigung verpflichtet fühlen. Obwohl gegenwärtig nicht angestrebt, scheint nach einer Übergangszeit auch die Entwicklung zu einer Partei Gesamtaserbaidschans möglich.¹⁹ Der BAB-Vorstand setzt sich im Wesentlichen aus Mitgliedern oder Anhängern national-aserbaidschanischer Parteien zusammen und spiegelt somit auch die jeweiligen Parteipositionen wider. So steht die AXCP auch nach dem Ende der Regierungszeit ebenfalls weiterhin für einen auch Südaserbaidschan, d.h. auch und vor allem die aserbaidschanischen Provinzen Irans, einschließenden Nationalismus. Die YAP hingegen beschränkt sich mit ihren eher gemäßigten nationalen Forderungen auf die Republik Aserbaidschan. Die Gründung der BAB fiel somit in einen Zeitraum, in dem sich Aserbaidschan auf den Wahlkampf für die Präsidentschaftswahlen 1998 zu bewegte und die national-aserbaidschanische Opposition mit Wahlkoalitionen versuchte, das Alijew'sche Machtkartell zu brechen.

Mitgetragen wird das Programm der BAB von Personen, die zu einem bedeutenden Teil aus den Reihen der früheren Volksfront-Regierung stammen. Diese war schon während ihrer Amtszeit 1992-1993 deutlich von einem aserbaidschanischen Nationalismus geprägt, der sich auch im BAB-Programm wiederfindet. Darf die BAB daher möglicherweise als verlängerter Arm der Volksfront-Partei gelten oder sogar als deren nationalistische Speerspitze? Liest man das Programm der BAB und vergleicht es mit Äußerungen des verstorbenen Präsidenten Eltschibej, besteht daran kaum ein Zweifel. Eine enge Zusammenarbeit verbindet die BAB mit Organisationen wie dem Aserbaidschanischen Weltkongress (*Dünya Azərbaycan Kongresi*, DAK) und der Bewegung Das Erwachen Südaserbaidschans (*Güney Azərbaycan Milli Oyanıb Herekatı*, GAMOH). Kontakte zu iranischen Organisationen machen

19 So jedenfalls die verhaltene Auskunft einiger Funktionäre von BAB während eines Gesprächs mit dem Verfasser im März 2001.

deutlich, dass hier das Feld für ein konzertiertes Zusammengehen bereitet wird.

Ausblick

Steht der im Dezember 2003 verstorbene Haidar Alijew für den innerfamiliären Machterhalt, so steht die national-aserbaidtschanische Opposition um den im Jahr 2000 verstorbenen Abulfas Eltschibej für einen demokratischen Aufbruch aus dem realsozialistischen Verbund, aber auch für einen ausgeprägten aserbaidtschanischen Nationalismus. Trotz erheblicher Anfangserfolge: Die Opposition bleibt schwach, zerstritten und tritt – wenn überhaupt – mit einseitiger Programmatik auf. Währenddessen nutzt die YAP neben ihrer Macht die staatlichen Ressourcen zur Absicherung ihrer Interessen.

Ist ein demokratischer Pluralismus, eine offene Zivilgesellschaft derzeit überhaupt eine realistische Alternative zum Monopol der auf die Person Alijews zugeschnittenen YAP? Selbst wenn, reicht es wohl nicht, dass die oppositionellen Parteien diesen Pluralismus zwar anstreben, es aber an Führungspersönlichkeiten, grundsätzlicher Konsensbereitschaft und taktischem wie strategischem Willen zur Koalition mangelt.

Der Prozess des *nation building* ist in Aserbaidtschan soweit vorangeschritten, dass im Sinne von Linz und Stepan auch von einem konsolidierten *state building* gesprochen werden kann.²⁰ Einerseits ist die Republik auf dem Weg zu einer funktionierenden Volkssouveränität, andererseits behindern der Rückgriff auf einen – in den frühen 1990er Jahren sehr wohl demokratiefördernden – Nationalismus und die Gleichschaltung demokratisch legitimierter Institutionen das Vorwärtstommen der Republik. Im Kontinuum politischer Systeme balanciert Aserbaidtschan auf der Grenze zwischen „defekter“ Demokratie und „semiautoritärem“ System.²¹ Eine starke Zivilgesellschaft wird jedoch so lange auf sich warten lassen, wie die Eliten (nicht nur in Aserbaidtschan) auf das staatliche Machtmonopol fixiert bleiben und in politischem Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit Vorboten des Staatszerfalls sehen. Aber gerade hier liegt die Chance der Demokratisierung. Erst eine Deduktion staatlicher Kontrolle ermöglicht die „Enthierarchisierung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft“²² und damit eine verbreiterte, im Idealfall auch verbesserte, Möglichkeit zu politischer Partizipation zivilgesellschaftlicher Organisationen.

20 Siehe hierzu: Juan J. Linz/Alfred Stepan, *Problems of democratic transition and consolidation*, Baltimore u.a. 1996, S. 15ff.

21 Vgl. Wolfgang Merkel, *Systemtransformation*, Opladen 1999, S. 54f.

22 Aurel Croissant, *Demokratisierung und die Rolle der Zivilgesellschaft in Südkorea, Taiwan und auf den Philippinen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B48/1998, S. 25-33, hier: S. 31.